

Rede zum Haushalt 2015

Es gilt das gesprochene Wort.

„Finger weg vom kommunalen Geld“

Brandbrief aller 52 Städte und Gemeinden im Saarland

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Gäste,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die eingangs erwähnte, so finden wir, treffende Formulierung können wir eins zu eins hier in Medebach übernehmen. Es gilt, diese Botschaft an alle zu kommunizieren, die mit einem, nein schon mit beiden Augen den Fokus auf unsere ohnehin arg gebeutelte Finanzkraft haben und uns diese leider über innovativ gewählte Instrumente mit zunehmend dynamischer Intensität nehmen. Trotzdem untermauern wir nachhaltig diese Worte:

Finger weg vom kommunalen Geld!

Hierauf kommen wir später noch einmal zurück.

Gestatten Sie uns zunächst eine konjunkturelle und politische Einleitung für eine spätere gezielte Betrachtung von Kernpunkten des Medebacher Haushaltes.

Wir alle erleben in diesen Wochen und Tagen auch in Europa die weitere Aktivierung geldpolitischer Instrumente in nahezu unvorstellbaren Dimensionen. So beschloss die Europäische Zentralbank u.a. den Ankauf von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren im großen Stil und lässt über die Geldschleuse mehr als eine Billion Euro in den Markt fließen. Die Käufe beginnen im März 2015 bis voraussichtlich September 2016 mit einem monatlichen Volumen von insgesamt rund 60 Milliarden Euro. Mit diesen Maßnahmen will man die Wirtschaft und offensichtlich die Inflation ankurbeln, die momentan weit von der Zielmarke von 2 Prozent entfernt ist. Die Befürworter dieser Anleihekäufe befürchten eine Spirale von immer weiter sinkenden Preisen und somit deflationärer Tendenzen. Da der Leitzins ohnehin schon bei etwa null liegt, können die Zinsen nicht weiter gesenkt werden-unkonventionelle Maßnahmen sind deshalb nötig.

Die Furcht vor einer Deflation: Bei einem weiteren Preisverfall werden Unternehmen und Konsumenten ihre Ausgaben immer weiter aufschieben. Zu einem hält man in der Krise sein Geld zusammen, zum anderen ist es ja morgen noch billiger. Darunter leidet dann die Wirtschaft, Beschäftigte werden entlassen, es wird noch weniger investiert und konsumiert. Die Deflationsspirale setzt sich so in Gang und birgt natürlich Gefahren für unsere städt. Einnahmen.

Auf der anderen Seite können sich Eurostaaten wie Italien, Frankreich, Spanien oder Deutschland so günstig verschulden wie nie. Kritiker meinen, dies fördere nicht gerade den dringend notwendigen Reformeifer der Regierungen. Diese lockere Geldpolitik darf kein Ersatz für Strukturreformen und Sparanstrengungen sein.

In diesen Instrumenten liegen Chancen, aber auch erhebliche Risiken. Man darf gespannt sein, wie sich unsere Zukunft entwickelt.

Und schon sind wir inmitten des Medebacher Haushaltes.

Gestatten Sie uns eingangs den Hinweis, dass das tiefgreifende Zahlenmaterial des Haushaltes schon intensiv dargestellt und kommentiert wurde und eine Wiederholung nicht zu einer ergebnisorientierten Sitzung beiträgt. Daher werden wir den Fokus auf einige elementare und für uns wichtige Eckpunkte setzen.

Meine Damen und Herren, nunmehr sitzen wir auch in Medebach in der strategischen Falle.

Nur mit beachtlichen Steuererhöhungen umschiffen wir das Haushaltssicherungskonzept und ersparen uns zunächst den „Sparkommissar“. Nun, viele „Kröten“ wollen oder müssen wir mit Blick auf diese Herausforderungen schlucken.

Allerdings gilt es, mit hoher Verantwortung und mit sorgfältiger Abwägung aller Risiken diese harten, für unsere Bürger sowie für unsere Wirtschaft nicht gerade populären, Entscheidungen zu treffen.

Mit Blick auf den Vergleich der Hebesätze innerhalb unserer Region liegen wir (Ausnahme Grundsteuer A) nahezu durchweg vorne und dies bei „bester Infrastruktur“. So lassen marode Straßen (u.a. vom Gewerbegebiet bis hin zur hessischen Landesgrenze) grüßen!

Es sei angemerkt, dass wir natürlich auch „im Wettbewerb“ (Demografie/Wirtschaft...) mit anderen Kommunen in unserer Region stehen.

Keinen Konsens konnten wir in der Dezembersitzung des Rates mit Blick auf den Hebesatz der Gewerbesteuer erzielen.

Leider wurde, mit Gegenstimmen nicht nur der der FDP, diese Erhöhung - weit über den fiktiven Hebesatz hinaus - auf nunmehr 440 v.H. fest gesetzt. Diese Anhebung basiert wohl auf den Hebesätzen des Kreisdurchschnittes. Wir halten

dies für eine Fehlentscheidung und haben hierzu einen Ihnen vorliegenden Antrag verfasst.

Dank, und dieses Dankeschön sollten wir nicht vergessen, an unsere heimische, sich offensichtlich in einer sehr starken Verfassung befindlichen Wirtschaft. Konnten wir in 2014 eine Rekordeinnahme an Gewerbesteuern in Höhe von etwa 4,35 Mio. Euro realisieren. Zum Vergleich: In 2008 lagen die Einnahmen bei 1.680 Mio. Euro und in 2009 bei 1.694 Mio. Euro.

Nun wissen wir aber auch, dass lediglich ein kleiner Teil der Gewerbesteuereinnahmen in Medebach verbleibt. So führt die starke Gewerbesteuerentwicklung u.a. bekanntlich zu einer Senkung der Zuweisungen durch das Land. Auch andere, wie der HSK profitiert über eine höhere Kreisumlagezahllast.

Vor diesem Hintergrund sei die finale Frage erlaubt: Warum sollen unsere Gewerbetreibenden deutlich höhere Steuern an die Stadt abführen, um diese dann über innovative Gesetze an andere Institutionen wie dem Land NRW und dem HSK weiter zu leiten, bzw. über stark rückläufige Landeszuwendungen werden uns diese dann abgezogen. Und hiermit einhergehend verschnupfen wir zusätzlich unsere „starke heimische Wirtschaft“. Darüber hinaus gehen wir möglicherweise noch weitere Risiken ein.

Diese möchte ich heute allerdings nicht mehr tiefer erläutern. Meine/unsere Sorge diesbezüglich habe ich Ihnen bereits in der Dezembersitzung dargelegt.

Ein weiteres Thema ist die größte Position im Ausgabenblock: Die Kreisumlage. Diese ist mit 4,8 Mio. im Ansatz 2015. Vor etwa 10 Jahren lag die Kreisumlage noch bei 2,85 Mio. Euro. An der Position unserer Fraktion hat sich nichts geändert:

Wir sehen in der Kreisumlage nach wie vor deutlichen Handlungsbedarf zu Gunsten der Kommunen, wohl wissend wie das System der Abgaben auch für den Kreis funktioniert. Bekanntlich werden die Abgaben von unten nach oben aufgesaugt. Und hier gilt es, dieses System zu modernisieren und die Strukturen sehr schlank zu gestalten. Nur dies bringt signifikante Kostenvorteile.

Abschließend dürfen wir noch die Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit ansprechen. Dieser Zuschuss ist im Ansatz mit 360 TE festgelegt. Titelte doch kürzlich der Fokus: Wer hilft endlich dem Westen? Marode Straßen, verrottete Brücken, hochverschuldete Städte, viele alte Bundesländer und Kommunen haben abgewirtschaftet und der Solidarpakt zum Aufbau Ost bringt viele Not leidende West Metropolen und Kommunen langsam an den Bettelstab. Deutschland absurd.

Die bittere Wahrheit über den neuen Soli. Mit immer neuen Begründungen halten Politiker fast aller Parteien dauerhaft am ursprünglich auf ein Jahr

befristeten Solidaritätszuschlag (5,5%) fest. Diese Gleichung geht aber nach den Berechnungen des Bundes der Steuerzahler längst nicht mehr auf. Die Soli Einnahmen, die als Folge der Progression kräftig steigen, sind im laufenden Jahr schon doppelt so hoch wie die Bundesaussgaben für den Aufbau Ost. Von 2014 – 2019 landet lediglich noch ein Drittel der insgesamt 99 Milliarden Soli Einnahmen in den neuen Ländern. Ab 2020 wollen Bund und Länder das Geld nun neu verteilen. Sie streiten nur noch darum, wer sich wie viel von den dann auf 18 Milliarden Euro angeschwollenen Soli Einnahmen sichern darf.

Stopp: Mir fällt eine Partei ein die dies alles korrigieren will. So darf ich unseren Bundesvorsitzenden Christian Lindner anlässlich eines Interviews zitieren:

„Die Grunderwerbssteuer wird in vielen Ländern erhöht, der Lohnklauf durch die kalte Progression fortgesetzt, und jetzt soll der Soli eine Ewigkeitsgarantie bekommen. Die schwarz-rot-grünen Steuerjunkies gehören auf kalten Entzug gesetzt. In Zeiten niedrigster Zinsen und höchster Steuereinnahmen wären mehr Investitionen ganz ohne Soli oder Maut möglich. Die Politik hat die Zusage gegeben, den Soli befristet und an den Aufbau Ost gebunden zu erheben. Wenn der Solidarpakt 2019 ausläuft, muss der Soli weg! Ansonsten wäre das eine Lüge und eine glatte Steuererhöhung“.

Nun, dem ist nichts mehr hinzuzufügen!

Im Bereich der investiven Maßnahmen konnten wir die relevanten Themen bereits anlässlich Der HFA – Sitzung besprechen und größtenteils klären.

Wie bereits in der Vergangenheit, werden wir auch zukünftig unser gemeinsames Thema Abbau der Verschuldung der Hansestadt Medebach inkl. einer ausgeglichenen Haushaltssituation konstruktiv und kritisch begleiten. Die Anträge der FDP-Fraktion zum Haushalt, auch mit Blick auf Alternativvorschläge zur Erhöhung der Gewerbesteuer, liegen Ihnen vor und werden zur Abstimmung gestellt.

Unsere Fraktion wird sich ebenfalls in 2015 und darüber hinaus stets um für unsere Heimat wichtigen Themenfelder kümmern.

Natürlich kommen kontinuierlich Impulse, auch mit Blick auf strategische Optionen, sowie Anträge unserer Fraktion.

Meine Damen und Herren, wir bedanken uns, trotz Meinungsverschiedenheiten, bei allen Fraktionen und bei Frau Sengen für die konstruktive Zusammenarbeit im Sinne unserer Hansestadt.

Darüber hinaus bedanken wir uns beim Bürgermeister sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, der Stadtwerke Medebach, der Touristik und des Bauhofs für die geleistete Arbeit im Jahr 2014, wir wissen um den hohen Einsatz des gesamten Teams.

Herr Grosche, bitte richten Sie Ihrem Team die besten Grüße aus.

- 5 -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

diese Rede darf ich mit dem erneuten und nachhaltigen Hinweis schließen:

Die Kommunen müssen endlich aus dem „Würgegriff“ des Staates befreit werden, um zukünftig handlungsfähig zu bleiben.

Also: Finger weg vom kommunalen Geld!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.